

Dokumentiert:

Bürgermeister-Galerie: Was Historiker Uwe Danker über die Aufarbeitung der NS-Bezüge sagt

Von René Erdbrügger in: Pinneberger Tageblatt v. 1.12.2025

Die Stadt Pinneberg hat Uwe Danker mit der Aufarbeitung von NS-Bezügen bei Bürgermeisterporträts im Rathaus beauftragt. Im Interview erläutert er sein Vorgehen und die Ergebnisse seiner historischen Einordnung, die er am 4. Dezember in Pinneberg vorstellen wird.

Der Historiker beleuchtete die belasteten Biografien, ordnete sie kritisch ein und plädiert für eine Erinnerungskultur, die nicht tilgt, sondern erklärt. Im Interview mit Redakteur René Erdbrügger erläutert Danker, wie er recherchiert hat, welche Befunde ihn überrascht haben und warum er ausgerechnet die Grautöne für besonders lehrreich hält.

Herr Danker, die Stadt Pinneberg hat Sie beauftragt, Zusatztexte zu Straßennamenschildern und Bürgermeisterporträts mit NS-Bezug zu verfassen. Was war Ihnen dabei besonders wichtig?

Auslöser war der Konflikt um die „Bürgermeistergalerie“ im Rathaus: Die „Initiative 8. Mai“ kritisierte die kommentarlose Hängung der Bilder der ehemaligen Bürgermeister Karl Coors und Henry Glissmann, obwohl sie ehemals NSDAP-Mitglieder waren und es Hinweise auf möglicherweise problematische Rollen in der NS-Zeit gebe. Auf Antrag der SPD-Fraktion befassten sich Ausschüsse der Ratsversammlung mit den Gemälden, parallel gab es ein erhebliches mediales Echo. Auch das „Pinneberger Tageblatt“ berichtete mehrfach und sprach von einer „NS-Galerie“ (6. Mai 2024). Weil die Vorstellungen weit auseinander lagen, sollte ein externer Historiker die Biografien beleuchten und Vorschläge zum Umgang mit den Gemälden unterbreiten. Die Wahl fiel auf mich. Mir war wichtig, die Arbeit kritisch, aber unaufgeregt und sachlich sowie fair auch gegenüber Verstorbenen durchzuführen.

Viele Städte tun sich schwer mit ihrer NS-Vergangenheit. Was unterscheidet Pinneberg Ihrer Meinung nach von anderen Orten, die sich dieser Aufarbeitung erst zögerlich stellen?

Der Streit wird anspruchsvoll und mit historischen Argumenten ausgetragen. Markant ist auch, dass anders als anderswo nicht über das einfache Abhängen der Gemälde, sondern über ergänzende, kritische Informationen diskutiert wird. Ausgerechnet die „Initiative 8. Mai“ regte an, auch den ersten NS-Bürgermeister Heinrich Backhaus mit Bild und kritischen Informationen zu „würdigen“. Hinzugekommen ist schließlich auch der erste demokratische Verwaltungschef nach dem Krieg, Ludwig Duncker. Damit schafft diese Gemäldegalerie spannende Optionen der historischen Auseinandersetzung, was ich sehr befürworte.

Wie sind Sie bei der historischen Recherche vorgegangen? Gab es Momente, in denen Sie selbst überrascht oder betroffen waren von dem, was Sie herausgefunden haben?

Der Forschungsstand zur NS-Geschichte Pinnebergs ist vergleichsweise gut. Arbeiten der Geschichtswerkstatt der Volkshochschule, insbesondere Forschungen von Johannes Seifert, liefern eine sehr ordentliche Grundlage. Bei Fragen nach Handlungsspielräumen und Verantwortlichkeiten der untersuchten Personen stellte sich aber heraus, dass Auswertungen von Personalakten und weiteren Archivalien aus dem Landes- und Bundesarchiv notwendig wären, um belastbare Aussagen zu treffen. Schließlich waren es circa 2500 Blatt Originalquellen, in denen die spannenden Archivalien gefunden und historisch eingeordnet werden mussten. So etwas mache ich gern. Und es hat mich wieder einmal überrascht, wie viel man aus wenigen Aktenstücken herauslesen und mit gutem historischen Hintergrundwissen zusammenführen kann. Es entstanden vier sehr unterschiedliche Kurzbiografien. Ich werde sie im Rahmen meines Vortrags am 4. Dezember genau vorstellen.

Die Zusatzschilder sollen informieren, ohne zu verurteilen. Wie findet man die richtige Balance zwischen historischer Aufklärung und moralischer Bewertung?

Ja, meine Empfehlung lautet, die Gemälde jeweils mit einem Kurztext zu versehen und per QR-Code eine genauere Einordnung der jeweiligen Biografie zu liefern, die anhand markanter Originalquellen eine eigene Beschäftigung und Meinungsbildung ermöglicht. So bieten meine Texte zunächst einmal sehr transparente Einordnungs- und Interpretationsangebote, die die Leserinnen und Leser selbst kritisieren, auch ablehnen können. Die Texte enthalten verschiedene Perspektiven, auch die der Bürgermeister. Bei unklaren Sachverhalten benenne ich verschiedene Möglichkeiten.

Außerdem bin ich bei moralischen Wertungen professionell zurückhaltend. Wenn aber ein Handeln aus meiner Sicht nicht anders als unangemessen oder niederträchtig zu kennzeichnen ist, dann tue ich das. Die Darstellungen sind also Angebote, an denen man sich reiben kann. Und so soll es sein.

Erinnerungskultur ist oft umstritten. Haben Sie im Zuge des Projekts auch Gegenwind oder Kritik erlebt – etwa von Bürgerinnen und Bürgern, die die Maßnahme für übertrieben halten?

Nein. Im Gegenteil, ich habe von allen Seiten Unterstützung erfahren, ganz besonders übrigens von der Stadtarchivarin Frau Aalders.

Was bedeutet es für eine Stadt, wenn ehemalige Bürgermeister oder Namensgeber von Straßen eine belastete Vergangenheit haben? Wie kann man heute verantwortungsvoll damit umgehen?

Das Problem haben alle Kommunen. Es geht also, wie Sie zu Recht andeuten, um den Umgang damit. Wer heute wachsam die Demokratie schützen will, sollte sich kritisch und demütig mit historischen Beispielen befassen. Gewiss steckt nicht jedem von uns ein todesmutiger Widerstandskämpfer. Was aber darf man trotzdem erwarten an Grenzen und Mut, wie funktionierten Wege der Verstrickung, wie viel Handlungsspielraum blieb dem Einzelnen dennoch? Wer solche Fragen an historische Beispiele stellt, der lernt für Gegenwart und Zukunft.

Wenn Sie einen Wunsch freihätten: Wie sollte die öffentliche Erinnerung an die NS-Zeit in Kommunen wie Pinneberg künftig aussehen – auf den Schildern, in Schulen oder in der Stadtgesellschaft insgesamt?

Mein Wunsch wäre, dass andere Orte genauso wie Pinneberg – und übrigens auch Neumünster – handeln, indem sie Gemälde und Straßennamen beibehalten, aber die Auseinandersetzung mit den „Geehrten“ suchen. Denn wer Erinnerung löscht, verhindert eine kritische und möglicherweise auch lehrreiche Auseinandersetzung. Und ich wünsche mir zudem ein genaues Hinsehen, denn Schwarz-Weiß-Klischees haben noch nie Verstehen erzeugt. Grautöne sollten ausgeleuchtet werden. Fragen nach Verstrickung und Verantwortung, nach Handlungsspielräumen und Entscheidungen führen zu Beispielen unterschiedlicher Verhaltensweisen; schon bei den Bürgermeistern. Und sie führen von ihnen weg zu Fragen an viele andere, etwa an Juristen, Polizisten, Soldaten, Ärzte, Lehrkräfte usw. in der NS-Zeit, zu Fragen als an unsere Vorfahren. Ich wiederhole mich: Wer solche Fragen stellt, der lernt für Gegenwart und Zukunft.

Kurzbiografien

***Heinrich Backhaus** erscheint 1933 bis 1937 als verwaltungsferner NSDAP-Ideologe und lokal verantwortlicher Repräsentant des gewalttätigen NS-Staates, für den er seit 1924 also als „Alter Kämpfer“ eingetreten war. Seine „Leistung“ bestand vor allem in der Durchdringung des gesellschaftlichen Alltags im Sinne der NS-„Volksgemeinschaft“.*

*Sein Nachfolger **Karl Coors**, von 1937 bis 1945 im Amt, galt im Urteil vieler als ein guter Verwaltungsfachmann, der unideologisch-pragmatisch handelte. Er hatte sich noch als Bürgermeister in Friedrichstadt 1933 der NS-Bewegung angeschlossen. Möglicherweise um seine Zuverlässigkeit zu demonstrieren, profilierte er sich ohne Not hin und wieder auf Kosten Schwächster, was nur als schäbig zu kennzeichnen ist.*

***Henry Glissmann**, angesehener SPD-Bürgermeister 1949 bis 1963, zuvor Leitender Beamter der Verwaltung 1928 bis 1945, war in der Weimarer Republik ein Demokrat, passte sich aber 1933 an und trat 1937 in die NSDAP ein. Er erscheint als umsichtiger und erfahrener Verwaltungsmann in drei deutschen Herrschaftssystemen, steht so für eine typische, von Grautönen getragene deutsche Verwaltungskarriere. Um dem neuerlichen Wehrdienst zu entgehen, war er 1941 bis 1944 in der Besatzungsverwaltung in Riga tätig, worüber wir wenig wissen und einordnen können.*

*Der ehemalige Unternehmer und bürgerliche Kommunalvertreter in der Weimarer Republik, **Ludwig Duncker**, der nie der NSDAP betrat, leitete die Pinneberger Verwaltung 1946 bis zum Tod 1949. Er machte sich zusammen mit dem Kommunalpolitiker Richard Köhn (SPD) verdient um die Bewältigung der Nachkriegsnöte und den demokratischen Neubeginn in Pinneberg.*

(Texte: Uwe Danker)